

14.02.2022

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Offenbarungseid einer gescheiterten Schulpolitik

Die Schulpolitik der Landesregierung führt immer wieder zu Protesten der Schulen, Schulleitungen, Gewerkschaften, Elternverbänden und Landesschüler*innenvertretung. Der aktuelle Vorschlag von Ministerin Gebauer vom 10. Februar 2022 vor, den Numerus clausus zu senken, deren Umsetzung gar nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, ist keine Antwort auf die jetzt bestehenden und drängenden Herausforderungen.

Es müssten erst Vereinbarungen mit den Hochschulen getroffen werden, die dann für die Ausweitung der Studienkapazitäten Sorge tragen müssten. Die Absolventinnen und Absolventen stünden dann erst in frühestens acht Jahren als Lehrkräfte zur Verfügung.

Dabei wissen wir schon heute, dass es ein Ungleichgewicht in der Lehrerausbildung gibt: einen Mangel an Lehrkräften für den Primar- und Sekundarstufe-I-Bereich und gleichzeitig ein Überhang bei der Sekundarstufe-II-Bereich. Die Begründung liegt auf der Hand: Die Besoldung ist im erstgenannten Bereich deutlich schlechter als im letztgenannten, und das bei gleicher Ausbildungsdauer. Das Lehramt an Primar- und Sekundarstufe-I bleibt damit weniger attraktiv. Eine Besoldungserhöhung könnte das ändern, eine Anpassung des Numerus clausus nicht.

Der Landtag muss sich mit den Äußerungen der Schulministerin und dem Nichthandeln der Landesregierung in der Frage der Besoldung befassen.

Josefine Paul
Verena Schäffer
Mehrddad
Mostofizadeh
Sigrid Beer
Monika Düker

und Fraktion